

## Hitzesommer und „Heißer Herbst“

# Ökosozialistische Perspektiven gegen Preisexplosion, Klimakatastrophe & Putins Krieg

Die Welt scheint aus den Fugen. Gleich mehrere umfassende Krisen verstärken sich gegenseitig und verbinden sich zu einer komplexen Gemengelage. Das Erdsystem hat erste Kipppunkte erreicht. Der Klimawandel lässt sich nur noch bremsen, aber nicht mehr abwenden. Die Folgen der Erderhitzung und das Überschreiten der planetaren Belastungsgrenzen sind bereits im Alltag angekommen: Hitzewellen, versiegende Flüsse und Seen, Überschwemmungen und Brände sowie neuartige Krankheiten und Pandemien werden zum Normalzustand. Selbst die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser ist in Europa keine Selbstverständlichkeit mehr. Gleichzeitig bringen Wirtschaftskrise und Preisexplosion eine Massenverarmung mit sich. Weite Teile der Bevölkerung wissen nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Als wäre dies nicht genug ist auch der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Das Putin-Regime verschärft mit seinem andauernden Besatzungskrieg gegen die Ukraine die gesellschaftliche Krise. Noch vor kurzem schien undenkbar, was jetzt diskutiert und im Eilverfahren umgesetzt wird: Wiederinbetriebnahme bereits abgeschalteter Kohlekraftwerke, Renaissance der Atomenergie, Tankrabatte für die großen Spritfresser und eine teure Rettungsaktion für die Energiekonzerne. Wie so oft werden die Kosten

der Krise auf die breite Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt. Als Individuen sollen wir unser Verhalten ändern und die Lasten tragen. Doch langsam entwickelt sich Widerstand. Die Wucht und das Ineinandergreifen der Probleme haben zu einer Orientierungskrise geführt. Es wimmelt an Vorschlägen, denen es meist nicht gelingt, die ökologische Dringlichkeit mit sozialem Fortschritt und internationaler Solidarität zu verbinden. **Als emanzipatorische Kräfte stehen wir deshalb vor der Herausforderung, die Energiekrise samt massiven Preissteigerungen, den russischen Besatzungskrieg und die Klimakatastrophe zusammen zu denken.** In den entstehenden Bewegungen müssen wir entsprechend gemeinsam Forderungen und konkrete Aktionen entwickeln.

### BREITE SOLIDARISCHE UND ÖKOLOGISCHE BEWEGUNG AUFBAUEN

Wir vom Redaktionskollektiv von emanzipation – Zeitschrift für ökosozialistische Strategie – wollen mit dieser Stellungnahme zur Diskussion ermuntern. Wir wollen mit allen Interessierten gerne über die im Flugblatt ausgeführte Perspektive diskutieren. Gerne wollen wir gemeinsam mit Menschen und Zusammenhängen, die bereits ähnliche Überlegungen angestellt haben, erörtern, wie wir diese Perspektive stärken können. In den entstehenden Bewegungen müssen wir verbindende Forderungen und Aktionen entwickeln, die mit der bestehenden Ordnung brechen.

**20. Oktober**  
20 Uhr  
Online via Zoom

Wir geben die Online-Zugangsdaten  
auf unserer Webseite  
und auf Facebook bekannt.



## **Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur statt bloßer Inflationsbekämpfung**

Die Preissteigerungen, vor allem die stark steigenden Energiekosten, drängen zum Handeln. Maßnahmen zur Kontrolle der Preise sind unumgänglich, können aber unter kapitalistischen Vorzeichen immer auch zu unerwünschten Effekten wie Knappheit, Spekulation und Unternehmenssubventionen führen. Wir brauchen deshalb eine offene gesellschaftliche Diskussion darüber, ob und wie sich v. a. bei Lebensmitteln, Mieten, Energie und Krankenversicherungen eine Preiskontrolle durchsetzen lässt.

Das unmittelbar wichtigste Mittel gegen die steigenden Preise sind Lohnerhöhungen. Die Gewerkschaften müssen sich in dieser Situation allerdings komplett neu ausrichten. Sie müssen aktiv und kämpferisch die Beschäftigten organisieren und über die bloße Verteidigung der Kaufkraft hinausdenken. Die ‚guten alten Zeiten‘ des unbeschwerten Konsums sind vorbei. **Die ökologischen Krisen machen es erforderlich, den gesamtgesellschaftlichen Energieverbrauch und Materialdurchsatz zu reduzieren.** Die Gewerkschaften müssen eine radikale Umbauprogrammatik, die den ökologischen Herausforderungen gerecht wird, mitentwickeln und einfordern.

Noch wichtiger als inflationsausgleichende Lohnerhöhungen sind deshalb Kämpfe für eine gute gesellschaftliche Infrastruktur. Wer eine kostenlose oder günstige flächendeckende Infrastruktur in Gesundheitsversorgung, Pflege, Schule, KITA und dem öffentlichen Verkehr nutzen kann, lebt nicht nur besser, sondern auch ökologisch verträglicher. Die Stadt der kurzen Wege spart nicht nur Treibhausgase und Feinstaub, sondern auch Zeit, die wir alle so dringend brauchen. Eine gute Gesundheits-, Pflege-, Bildungs- und Transportinfrastruktur bedeutet eine höhere und nachhaltigere Lebensqualität. Diese muss im Zentrum einer emanzipatorischen Perspektive stehen. Sie ist zudem bestens geeignet, um die eklatante Ungleichheit in den Geschlechterverhältnissen anzugehen.

## **Internationale Solidarität**

Das Putin-Regime finanziert seinen Besatzungskrieg gegen die ukrainische Bevölkerung mit den Erträgen aus Gas, Kohle und Öl. Teile der politischen Linken und der alten Friedensbewegung verharmlosen das Regime und verharren im geopolitischen Lagerdenken. Sie verweigern dadurch der ukrainischen Bevölkerung ihre Solidarität. Doch diese ist zentral.

**Wir müssen den Boykott fossiler Energieträger mit einer beschleunigten Energiewende verbinden.** Die Klima- und Ökologiebewegung hat dies erkannt, wenn sie von einem ‚fossilen Krieg‘ spricht. Auch die jüngste Initiative von ‚Fridays for Future Deutschland‘, die ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Energiewende fordert, ist unbedingt zu unterstützen. Sie ist eine notwendige Kritik am Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung.

Nicht nur die hiesige Klima-, auch die ukrainische Umweltbewegung fordert ein Embargo von fossilen Energieträgern aus Russland. Diese Forderung ist wichtig, denn es gilt alles zu unternehmen, um dem Putin-Regime die Finanzierung seiner Kriegsmaschinerie zu erschweren. Der Verzicht auf russische Energielieferungen darf allerdings nicht dazu führen, dass andere fossile Energieträger erschlossen oder ausgebaut werden. Der Ersatz von russischem Gas durch Lieferungen aus Aserbaidschan oder den Monarchien am Golf ist abzulehnen. Die Aktionen gegen eine neue LNG-Infrastruktur für Flüssiggas müssen wir unterstützen!

Über die aktuellen Kriege hinaus stellt sich die Herausforderung der Solidarität im globalen Maßstab. Die Gesellschaften der frühindustrialisierten Staaten müssen ihre Treibhausgasemissionen überdurchschnittlich stark absenken. Nur so bekommen die Gesellschaften in den peripheren Ländern eine Chance, ihre industrielle Produktion und Energieinfrastruktur ebenfalls umzubauen, ohne die Versorgung der Bevölkerung zu gefährden. Klimagerechtigkeit heißt auch Energiegerechtigkeit!



## **Besseres Leben durch ökologischen Um- und Rückbau – Energie- und Materialverbrauch gerecht reduzieren**

Der rasche Ausstieg aus den fossilen Energieträgern ist zwingend. Die Erderhitzung und die Geschwindigkeit, mit der sich das Erdsystem verändert, zeigen, dass wir rasch handeln müssen. Der Umbau auf erneuerbare Energien lässt sich aber weder gerecht noch ökologisch angemessen organisieren, wenn nicht zugleich der Energie- und Materialverbrauch insgesamt deutlich reduziert wird. **Ein ökologischer Um- und Rückbau muss mit der Perspektive einer bewussten und gesteuerten Wachstumsrücknahme zusammenfallen.** Die gute Nachricht: Auf vieles könnten wir ohne weiteres verzichten. Große Teile der in der Produktion eingesetzten fossilen Energie werden stofflich und energetisch für die Herstellung von Kunststoffen genutzt, oft für unnötige Verpackungen. Auch in der Papier- und Glasbranche findet eine unglaubliche Energieverschwendung statt, der man sofort durch eine konsequente Mehrweg- und Recyclingpflicht und dem Verbot von Werbesendungen ein Ende setzen könnte. Eine radikale Verkürzung von Öffnungszeiten der Läden könnte mit einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verknüpft werden und würde ebenfalls große Mengen an Energie sparen. Gleiches gilt für eine Verkehrswende mit einem gut ausgebauten, kostenlosen ÖPNV. Diese wenigen Beispiele deuten nur an, welche Unmengen an Energie gesellschaftlich nutzlos verschwendet werden. Der einzige Zweck ist die Profitmaschinerie in Gang zu halten. Deshalb müssen wir sowohl die Energieproduktion, als auch den -verbrauch sozialökologisch umgestalten. Dazu sind viele Produktionsabläufe zu ändern und Transportvorgänge zu minimieren. Dies ist allerdings nur durchzusetzen, wenn es gelingt, eine starke gesellschaftliche Mobilisierung gegen die Konzerne und ihre politische Interessenvertretung aufzubauen. Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über die gesamtgesellschaftliche Zuteilung der Energie. Es gilt demokratisch zu entscheiden, welche Bereiche der Gesellschaft und der Wirtschaft welche Mengen an Energie erhalten sollen. Diese Entscheidungen dürfen nicht von der Kapitalmacht abhängen, sondern müssen demokratisch und gesellschaftlich ausgehandelt werden. Die folgenden Vorschläge zielen darauf ab, sozialen Fortschritt, internationale Solidarität und den ökologischen Um- und Rückbau in konkrete Forderungen zu übersetzen:

→ Wer die Energierechnung nicht bezahlen kann, muss weiterhin Strom und Gas beziehen können. Eine starke Widerstandsbewegung kann Strom- und Gasabschaltungen verhindern. Wie ‚Don’t Pay UK‘ könnte auch hierzulande eine **Bewegung für massenhafte Zahlungsverweigerung** Druck auf die Regierungen und Energiekonzerne ausüben. Eine solche Bewegung braucht ihre eigenen demokratischen Strukturen, unabhängig von Parteien und NGOs.

→ Eine **Basisversorgung mit Strom und Wärmeenergie ist sicherzustellen.** Alle Menschen müssen Zugang zu einer günstigen Grundversorgung erhalten. Dies lässt sich mit einer niedrigpreisigen Energiegrundsicherung realisieren, die einen Sparbonus beinhaltet, um den Menschen auch bei niedrigem Bedarf und Preis weiterhin einen gewissen Sparanreiz zu bieten. Menschen, die sich länger zu Hause aufhalten, bräuchten eine höhere Energiegrundsicherung. Wer allerdings über diesen Grundbedarf hinaus Strom und Gas verbraucht, muss progressiv steigende Energietarife begleichen.

→ Die **Energiegrundsicherung** ist durch eine Steuer, die überdurchschnittliche Gewinne der Energiekonzerne abschöpft, zu finanzieren.

→ Zugleich sind umgehend **umfassende Programme zur Wärmedämmung** der Häuser und zur energetischen Sanierung der Heizungen durchzuführen. Mit öffentlichen Investitionsprogrammen wird die gas- und ölgestützte Wärmeerzeugung durch Wärmepumpen, Photovoltaik und nicht-fossile Formen von Fernheizungen ersetzt. Um diese Programme rasch und flächendeckend in wenigen Jahren durchzuführen, sind **öffentliche Unternehmen zu gründen**, die entweder in Zusammenarbeit mit Industrie und Gewerbe oder eigenständig die erforderlichen Arbeiten durchführen. Die Hauseigentümer:innen bezahlen diese Sanierungsarbeiten zum Selbstkostenpreis. Unter bestimmten Bedingungen können private Hauseigentümer:innen und Genossenschaften staatliche Förderbeiträge zur Sanierung erhalten. Energetische Sanierungen dürfen kein Grund sein, die Mieten zu erhöhen. Aus den wertvollen Erfahrungen der ‚Deutsche Wohnen & Co.‘-Kampagne gilt es Lehren zu ziehen.

→ Kampagnen wie ‚Gasexit‘ oder ‚RWE & CO enteignen‘ zeigen, dass für einen sozialökologischen Um- und Rückbau weitergehende Perspektiven zu entwickeln sind. Grundsätzlich ist die Energie- und Wärmeversorgung der kapitalistischen Gewinn- und Akkumulationslogik zu entziehen. Die von der Regierung beschlossene **Rettung des Energiehandelskonzerns Uniper** erscheint als Verstaatlichung. Tatsächlich kommt diese Maßnahme einer **Auszahlung an die Aktionäre** ohne jegliche gesellschaftliche Kontrolle gleich. Wir sprechen uns für eine wirkliche **Vergesellschaftung** von Uniper unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten, Strombezieher:innen und der ganzen Gesellschaft aus. Darum ist eine Bewegung für die **demokratische gesellschaftliche Aneignung des Energiesektors** aufzubauen. Die lokalen und regionalen Energieversorgungsunternehmen sind in Eigentum der lokalen Gemeinden und Städte zu überführen und durch selbstorganisierte bzw. gewählte Gremien zu kontrollieren. Die großen Energiekonzerne sind auf nationaler Ebene zu vergesellschaften und unter demokratischer Kontrolle zusammenzuführen. Um die Transport-, Lager- und Speicherinfrastruktur und das Energieangebot im Sinne der Gesellschaft zu betreiben, sind sie zusammenzulegen und durch **demokratische Formen der Planung** zu steuern. Erstellung und Betrieb dieser Infrastruktur sowie die Belieferung gehören zusammen und müssen ebenfalls einer bewussten Planung unterstellt werden. **Die gesellschaftliche Aneignung des gesamten Energiesektors erlaubt eine Verteilung gemäß den gesellschaftlichen Bedürfnissen sowie ökologischen Gesichtspunkten.**

→ Eine Absenkung der Produktionsmengen würde das gesamtgesellschaftliche Arbeitsvolumen reduzieren. Die notwendige Transformation kann deshalb nur mehrheitsfähig werden, wenn sie von vornherein auf eine **radikale Arbeitszeitverkürzung** zielt. Eine geringere gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeitszeit muss gerecht verteilt werden und dabei auch die reproduktive Hausarbeit mitdenken. Unmittelbar müsste es um eine gesetzlich geregelte 30 Stundenwoche gehen, die ein Verbot von Überstunden einschließt und mindestens zwei zusammenhängende freie Tage in der Woche garantiert. Auch der gesetzliche Mindesturlaub wäre in diesem Zuge deutlich zu erhöhen. Ein durch die Reduktion der Arbeitszeit entschleunigtes Leben würde weitere Spielräume schaffen, **um das gesellschaftliche Leben neu zu organisieren** und den Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen zu verringern.

Eine sozialökologische Transformation ist nur möglich, wenn sich die Lohnabhängigen am Arbeits- und Wohnort massenhaft zu Protagonist:innen dieses Prozesses machen. Wir wollen mit unseren Vorschlägen dazu beitragen eine Bewegung aufzubauen, in der sich die Menschen aktiv in die politischen Auseinandersetzungen einbringen und ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Die eklatante soziale Ungleichheit, die Anforderungen internationaler Solidarität und der unumgängliche ökologische Um- und Rückbau der Produktion lassen sich nicht trennen. **Es geht um eine Perspektive für ein anderes gesellschaftliches Zusammenleben jenseits der Strukturen und Mechanismen des Profitzwangs.** Wir brauchen radikale Umbauschritte für die menschliche **Emanzipation!**

**Breite solidarische  
und ökologische  
Bewegung aufbauen**

**20. Oktober**  
20 Uhr  
Online via Zoom

## emanzipation

Zeitschrift für  
ökosozialistische Strategie

[emanzipation.org](http://emanzipation.org)



Facebook: [emanzipationzeitschrift/](https://www.facebook.com/emanzipationzeitschrift/)

Twitter: [emanzipation\\_z](https://twitter.com/emanzipation_z)

Email: [redaktion@emanzipation.org](mailto:redaktion@emanzipation.org)